

Einigungen in Mainz und Stuttgart

Stuttgart/Mainz – Nach den Landtagswahlen am 8. März in Baden-Württemberg und am 22. März in Rheinland-Pfalz haben sich in beiden Bundesländern nun jeweils die verhandelnden Parteien auf einen Koalitionsvertrag geeinigt.

Nachdem am Mittwoch in Stuttgart der seit 2011 amtierende grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit einem Festakt verabschiedet worden war, einigten sich am Tag darauf der Grünen-Verhandlungsführer und voraussichtlich künftige Ministerpräsident Cem Özdemir und der CDU-Landeschef Manuel Hagel auf eine Neuauflage des grün-schwarzen Bündnisses im Südwesten. „Beide Seiten haben hart gerungen“, sagte Özdemir. Es handle sich aber nicht um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Zu den Inhalten sagte er, dass ein starker Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und Klimaschutz kein Gegensatz seien. Hagel sprach von einer „Reformkoalition“ und sagte: „Wir haben, finde ich, was wirklich G’scheites geschafft für unser Land.“ Am Wochenende sollen Parteigremien über die Inhalte des Koalitionsvertrags beraten, dieser soll dann nächste Woche der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Özdemir soll am 13. Mai zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Die Aufteilung der Ministerien zwischen den beiden Parteien ist schon geklärt, wichtige Personalien kamen aber noch nicht ans Licht.

In Rheinland-Pfalz sind aus Widersachern Partner geworden: CDU und SPD wollen gemeinsam regieren und setzen auf Verlässlichkeit und Geschlossenheit. Man habe hart verhandelt, „das liegt in der Natur der Sache“, sagte der designierte Ministerpräsident Gordon Schnieder von der CDU nach der Einigung auf einen Koalitionsvertrag. Das Vertrauen sei aber in den Runden mit dem noch amtierenden Ministerpräsidenten und SPD-Verhandlungsführer Alexander Schweitzer gewachsen – bisweilen auch bei gemeinsamen Pizzasessen, verriet Schnieder. In der Bildungspolitik wurden unter anderem ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr und verbindliche Sprachtests für Kinder beschlossen, außerdem ein Sicherheitspaket mit jährlich bis zu 500 neuen Stellen bei der Polizei. Auch in Rheinland-Pfalz müssen beide Parteien noch dem Koalitionsvertrag zustimmen. Schnieder soll am 18. Mai, dem Verfassungstag des Bundeslandes, zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Dann enden 35 Jahre SPD-geführte Regierungen in Rheinland-Pfalz. **DPA, SZ**

Demonstrationen zum Tag der Arbeit

München – Bei zahlreichen Kundgebungen in ganz Deutschland haben Gewerkschaften, Verbände und Parteien am Tag der Arbeit für die Rechte und Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern demonstriert. Das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbunds für den Tag lautete: „Erst unsere Jobs, dann eure Profite!“ Proteste richteten sich gegen Stellenabbau und das Management von Unternehmen, aber auch gegen die von der Bundesregierung geplanten Einsparungen zur Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge. Bei der zentralen Kundgebung der Gewerkschaften in Nürnberg kündigte die DGB-Bundesvorsitzende Yasmin Fahimi Widerstand gegen Reformen des Sozialstaats an, welche die Lasten ungerecht verteilen. Man werde „das Bollwerk bleiben gegen Rückfälle in die Anfangszeit des Kapitalismus“, so Fahimi.



Botschaften zum 1. Mai im niedersächsischen Salzgitter. FOTO: DPA

Auch Politiker traten bei Kundgebungen auf – so forderte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) mehr Zusammenarbeit und Pragmatismus: „Ich bin überzeugt: Ein starkes Bündnis aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik kann eine Antwort geben auf den Frust und die Sorgen der Menschen“, sagte Wüst in seiner Mai-Rede in Mülheim an der Ruhr.

In Berlin fand am Freitagabend die traditionelle Demonstration „Revolutionärer 1. Mai“ von linken und linksradikalen Gruppen statt. Wegen der zahlreichen Menschen in den Straßen kam sie nur sehr langsam voran. Innensenatorin Iris Spranger (SPD) sprach in der RBB-Abendschau von knapp 50.000 Menschen, die sich insgesamt versammelt hätten. „Bisher ist alles friedlich gelaufen“, sagte sie. Die Polizei hatte nicht mit großen Ausschreitungen bei dem Zug durch die Bezirke Kreuzberg und Neukölln gerechnet. „Wir sind gut aufgestellt und auf alles vorbereitet“, sagte ein Polizeisprecher. In den vergangenen Jahren war das Gewaltpotenzial bei der Kundgebung gesunken. **DPA, SZ**

Von Saimah Jiwa und Sebastian Strauß

Berlin – Heute Nacht wird er ein Dach über dem Kopf haben. Er wird seinen Schlüssel bei der Security am Hauseingang abholen, die Wohnungstür aufschließen und sich in ein Bett legen, das nicht wirklich seins ist. Dort, wo er heute Nacht schläft, kann er nicht für immer bleiben. „Eigentlich bin ich wohnungslos“, sagt Majd Kasem. Gleichzeitig habe er ein Zuhause. Dieser Ort hier liegt irgendwie dazwischen.

Am liebsten hätte er eine eigene Wohnung, sagt Kasem. Eine, die er nach seinen Vorstellungen einrichten kann, ohne auf andere Rücksicht nehmen zu müssen. Nur er, vielleicht irgendwann mit einem Partner. Ja, so würde er es machen, wenn er sich seine Lebenssituation aussuchen könnte. Doch das ist hier unmöglich.

Denn das Haus, in dem Kasem lebt, ist eine Unterkunft für queere wohnungslose Menschen. 47 Menschen leben hier, verteilt auf 27 Wohnungen. Ein schmuckloses, funktionales Wohnhaus im Osten Berlins mit gleichmäßiger Fensterfront.

Das Casa Libre ist eine große Ausnahme

Wer einen Tag hier verbringt, versteht schnell, wie wichtig diese Unterkunft für die Menschen ist, die hier leben. Denn ein Zuhause zu verlieren, das ist das eine. Das andere beginnt danach. Wenn die Unsicherheit nicht endet, sondern sich verschiebt. Wenn zu der Wohnungslosigkeit noch etwas dazukommt: Diskriminierung, aufgrund der eigenen Sexualität oder der Identität.

Queere wohnungslose Menschen berichten immer wieder von Anfeindungen und Gewalt, auch in Notunterkünften, die ihnen eigentlich Schutz bieten sollen. Von großen Schlafsälen und wenig Privatsphäre. Für viele ist das nicht nur schwierig. Für queere Menschen kann es in wohnungslosen Unterkünften auch gefährlich werden. Alternativen zu den großen Notunterkünften gibt es in Deutschland bislang nur wenige. Es fehlt an Angeboten für Menschen, die mehr brauchen als nur ein Bett für die Nacht.

Das Casa Libre ist da eine Ausnahme. An einem Mittwochabend Anfang April steht Majd Kasem vor dem Haus. Er trägt eine Kappe, schwarz, vorn drei weiße Buchstaben „FAG“. Fag, das ist die Abkürzung für *faggot*, deutsch „Schwuchtel“. Kasem trägt die Kappe bewusst. Der 33-Jährige will sich nicht mehr verstecken. Vor zweieinhalb Jahren kam der gebürtige Syrer nach Deutschland. In Syrien, sagt er, habe es zwar eine queere Community gegeben, aber nur im Verborgenen. In Deutschland genießt er die Freiheit, so zu sein, wie er ist.

Hier ist vieles möglich geworden, was zuvor ausgeschlossen war. Doch der Neuanfang hat Hürden. Schwierig bleibt vor allem eines: Arbeit zu finden. Er sei qualifiziert, sagt Kasem, er habe bereits in einer Personalabteilung und als Projektmanager gearbeitet. Doch eine passende Stelle hat er bisher nicht gefunden. Es ist wie ein Teufelskreis: Ohne Job finde er auch keine Wohnung. Bis sich daran etwas ändert, versuche er, im Casa Libre zu bleiben, sagt Kasem. Das ist zwar nur eine Lösung auf Zeit, aber allemal besser als die Straße. „Wenn etwas passiert, könnte ich einfach zu den Sozialarbeitern gehen und ihnen davon erzählen“, sagt er.

„Diese Unterkunft hat mir mein Leben gerettet“

Queere Menschen sind besonders häufig von Wohnungslosigkeit betroffen. In konventionellen Notunterkünften fühlen sie sich oft nicht sicher. Ein Besuch in Berlin.

Nachts – Ein Projekt der SZ-Volontäre



Majd Kasem, 33, kam vor zweieinhalb Jahren nach Deutschland. Derzeit lebt der gebürtige Syrer in Berlin in einer Notunterkunft für queere Menschen, die keine eigene Wohnung haben. FOTO: PAUL DITTMANN

Wer ins Casa Libre einzieht, bleibt nicht für immer. Manche bleiben ein paar Tage, andere für Jahre. In der Regel so lange, bis sie eine dauerhafte Unterkunft gefunden haben. Die Sozialarbeitenden helfen den Bewohnerinnen und Bewohnern bei komplizierten Anträgen. Sie sind da, wenn jemand Rat oder Unterstützung braucht. Finanziert wird ihre Arbeit über Tagessätze, die das Land Berlin für die Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner zahlt. Doch weil die Tagessätze diese Betreuung nicht vollständig abdecken, gleicht der Träger „Home & Care“ den Unterschied nach eigenen Angaben über andere Wohnprojekte aus.

„Die Betreuung vor Ort unterscheidet das Casa Libre von vielen anderen Wohnungslosenunterkünften“, sagt Kathrin Schultz von Queerhome, Deutschlands erster Wohnberatungsstelle, die sich speziell an homosexuelle, trans und nicht-binäre Menschen wendet.

Wer „Wohnungslosigkeit“ hört, denkt oft zuerst an die Straße: Parkbänke, Schlafsäcke, Menschen in Fußgängerzonen. Doch das Leben im Freien ist meist nur das Ende eines Prozesses. Wohnungslosigkeit beginnt oft viel früher und im Verborgenen. Auf Sofas von Freunden, in fremden Wohnzimmern beim Couchsurfing oder in Übergangswohnungen. Irgendwann landet man dann womöglich in einer der Notunterkünfte.

Gemeinschaftszimmer, Gemeinschaftsbäder, die strikte Trennung nach Ge-

schlecht: Was Schutz geben soll, wird für queere Menschen häufig zur zusätzlichen Belastung. Auch weil sie immer wieder Diskriminierung und Anfeindungen ausgesetzt sind. Nicht selten, sagt Schultz von Queerhome, entschieden sich Wohnungslose deshalb gegen einen Platz in einer Notunterkunft. „Lieber auf der Parkbank übernachten als an einem Ort, an dem sie sich nicht sicher fühlen.“

Am Nachmittag steht Vanessa mit anderen Bewohnerinnen und Bewohnern vor dem Casa Libre in der Frühlingssonne. Sie trägt ein schwarzes Oversize-Shirt. Die kurzen braunen Haare hat sie unter einem dunklen Bandana zusammengebunden. Vanessa ist 20 und die jüngste Bewohnerin des Casa Libre. Um sie zu schützen, wird hier nur ihr Vorname genannt.

Man hat sich bewusst für den Nachmittag verabredet. Vanessa mag die Dunkelheit nicht. „Also nicht die Dunkelheit selbst, eher die Menschen nachts.“ Tagsüber, sagt sie, seien mehr Leute unterwegs, alles sei offener, berechenbarer. Nachts fühle sie sich unwohl. Ob man mit hochkommen wolle in ihre Wohnung?

Es ist eine der wenigen Einzimmerwohnungen im Gebäude mit eigener Küche und Bad. Als sie zwei Wochen vor ihrem 19. Geburtstag einzog, standen hier nur ein schmales Bett, ein Schrank und ein Tisch. Den Rest, sagt Vanessa, habe sie selbst eingerichtet. Wer etwas besitzt, kann sich sein Zimmer nach eigenen Vorstellungen gestalten. Viele Personen kommen aller-

dings mit kaum etwas in die Unterkunft. Auf dem Schrank stapeln sich Kuscheltiere. Auf dem Bett liegt ihr Liebling: eine Taube mit blauem Kopf und lilafarbenem Hals. „Früher hab ich mich oft allein gefühlt“, sagt Vanessa. Die Kuscheltiere hätten ihr gegen die Einsamkeit geholfen.

Ganz frei sei man im Casa Libre allerdings auch nicht. Es gebe Regeln, sagt Vanessa: kein Alkohol, keine Übernachtungsgäste. Es gibt unangekündigte Kontrollen, und wer länger als drei Tage wegbleibt, riskiert sein Zimmer. Sie habe das selbst schon bei einem Bewohner mitbekommen, sagt sie. „Dann wird das Zimmer an jemand anderen vergeben.“

Wenn Vanessa über ihr Leben spricht, klingt es, als würde sie den Lebenslauf einer fremden Person herunterspulen. Mit 13 kommt sie zum ersten Mal wegen einer psychischen Erkrankung in eine Klinik, danach immer wieder. Dazwischen betreutes Wohnen, Wohngruppen, ein Zimmer hier, ein Zimmer dort. Mit 18 landet sie in einer therapeutischen Wohngruppe.

Sie ist wieder in der Klinik, als sie kurz vor ihrem 19. Geburtstag einen Anruf aus der Wohngruppe bekommt. Am Telefon heißt es: „Du bist zu krank, wir können dir nicht helfen.“ Dieser Satz hat sich bei ihr eingebrannt. Sie verliert ihr Zimmer in der Wohngruppe. Damals bleiben ihr zwei Wochen, um etwas Neues zu finden. Über eine Betreuerin kommt sie in das Casa Libre.

„Eigentlich hat mir diese Unterkunft hier mein Leben gerettet“, sagt Vanessa.

Sie zieht den Ärmel ihres Shirts nach oben. Auf der Innenseite des rechten Arms, auf Höhe des Ellenbogens, hat sie zwei Schmetterlinge tätowiert. „Das sind am Anfang ja auch Raupen, und irgendwann werden sie zu Schmetterlingen.“ Das erinnert sie an die Zeit in der Wohngruppe.

„Ich würde nichts als Zuhause bezeichnen“, sagt Vanessa. Aber das hier sei der Ort, der „sich am ehesten danach anfühlt“. Manchmal, wenn ihr Fenster offen ist, hört sie Bewohnerinnen und Bewohner und die Sozialarbeitenden unten auf dem Gehsteig, wenn sie rauchen und lachen. Sie erkennt ihre Stimmen, es ist etwas Vertrautes. Apropos, zurzeit gebe es dieses Lied, das gerade gut zu ihr passe, sagt sie. Ob man es hören wolle? Vanessa zieht ihr Handy aus der Tasche. Sie drückt auf Play: „Warmer Wind, Sympathie; Und sie sagt mir, sie macht das nie; Erst seit gestern da und will nie weg von hier.“

Dass dieser Ort nur auf Zeit ist, weiß sie. Dass sie wieder gehen muss, auch.

Majd Kasem hat sich zum Reden eine Bar in der Nähe des Kottbusser Tors ausgesucht. So wie Kasem hier sitzt, an seinem Bier nippt und über seine Sexualität spricht, wäre ihm das vor wenigen Jahren nicht möglich gewesen.

Selbst in seiner eigenen Familie sei er bedroht worden

Selbst in seiner eigenen Familie sei er bedroht worden. Wie damals, als er ein Bild von sich mit Regenbogenflagge auf Facebook postete. Kurz darauf, sagt er, habe sein Bruder ihm gedroht, ihm „den Kopf abzuhacken“.

Nach seiner Flucht aus der Heimat landete Kasem zunächst in einer Unterkunft für Asylsuchende in Berlin. Obwohl er allein nach Deutschland kam, wurde er in ein Familienzentrum in Lichtenberg im Osten der Hauptstadt verlegt. Dort, sagt Kasem, sei er schnell aufgefallen. Als einziger queerer Mann, wie er es beschreibt, habe er Blicke gespürt, Misstrauen, das Gefühl, nicht dazugehören. Andere Bewohnerinnen und Bewohner hätten ihm vorgeworfen, sich in den Sanitäranlagen nicht richtig zu verhalten, ohne dass klar gewesen sei, was genau damit gemeint war.

Im Familienzentrum zieht er sich, so gut es geht, zurück. Mehrmals, sagt Kasem, habe jemand an seiner Zimmertür gerüttelt oder versucht, sie zu öffnen. Er habe in dieser Zeit große Angst gehabt. „Immer wenn ich ins Zimmer gegangen bin, habe ich die Tür abgeschlossen.“

Viele Einrichtungen seien nicht darauf ausgelegt, queeren Menschen Schutz zu bieten, sagt Kathrin Schultz dazu. Dass es bis heute zu wenige spezialisierte Einrichtungen gibt, hält Schultz für einen Missstand, gerade weil queere Menschen besonders häufig von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Das geht auch aus einer Studie des Landes Berlin hervor. Demnach könnten es allein in Berlin schätzungsweise 10.000 Menschen sein.

Im Gegensatz zu vielen anderen Wohnungslosen haben Kasem und Vanessa nie auf der Straße schlafen müssen.

Doch zu oft habe Kasem sich in seinem Leben fragen müssen, wo er seine nächste Nacht verbringt. Gelegentlich hole ihn die Vergangenheit ein. Dann, sagt er, habe er die Angst, dass das Casa Libre ihn irgendwann auf der Straße setze. Auch wenn diese Angst unbegründet sei.

Immerhin, sagt er, seine Zimmertür schließe er nun nachts nicht mehr ab.

Was die Bundesregierung gegen Wohnungslosigkeit unternimmt

Eine halbe Million Menschen in Deutschland hat kein festes Zuhause. Warum es nicht reicht, mehr Sozialwohnungen zu bauen.

Während in Berlin über immer neue Reformen diskutiert wird, gerät ein bereits beschlossenes Vorhaben der Bundesregierung fast in Vergessenheit: die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit. Dabei hat sich die Bundesregierung zu Beginn ihrer Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, die Wohnungslosigkeit bis 2030 „überwinden“ zu wollen. So steht es im sogenannten Nationalen Aktionsplan, den die schwarz-rote Regierung laut Koalitionsvertrag umsetzen will, und den 2024 noch die Ampelkoalition verabschiedet hatte.

Es sei der erste Versuch einer Bundesregierung überhaupt, das Problem der Wohnungslosigkeit systematisch anzugehen, hatte die damalige Bauministerin Klara Geywitz (SPD) nach dem Kabinettschluss erklärt. Das ist zwei Jahre her. Inzwischen ist die Bundesregierung von Friedrich Merz seit einem Jahr im Amt. Was ist aus dem Vorhaben geworden?

„Mit der derzeitigen Umsetzung wird die Bundesregierung ihre Ziele im Kampf gegen Wohnungslosigkeit verfehlen“, sagt Volker Busch-Geertsema, Co-Vorsitzender der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung. Dabei sei das Ausmaß des Problems gewaltig: 2024 waren nach Angaben der Bundesregierung mehr als 530.000 Menschen in Deutschland wohnungslos. Wobei ein Großteil der wohnungslosen Menschen in der Wohnungsnotfallhilfe untergebracht, also nicht obdachlos war. Denn wohnungslos bedeutet nicht zwangsläufig, auf der Straße zu schlafen, auf Parkbänken oder an Bahnhöfen.

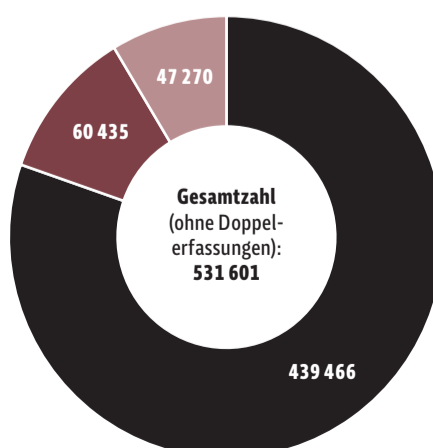
Als wohnungslos gilt auch, wer in einer Notunterkunft untergebracht ist oder vor-

übergehend bei Freunden auf der Couch schläft. Letztere werden als verdeckte Wohnungslose bezeichnet. Laut dem aktuellen Wohnungslosenbericht der Bundesregierung kamen mehr als 60.000 Wohnungslose bei Angehörigen, Freunden oder Bekannten unter. Etwa 47.000 Menschen lebten demnach auf der Straße oder in Behelfsunterkünften. Die tatsächliche Zahl dürfte noch höher liegen. Denn „wer keinen Hilfsangebote in Anspruch nimmt, der taucht auch in keiner Statistik auf“, sagt Busch-Geertsema.

Wohnungslose Personen nach Gruppen

im Jahr 2024 in Deutschland

- untergebrachte wohnungslose Personen
- verdeckt wohnungslose Personen
- wohnungslose Personen ohne Unterkunft



SZ-Grafik; eha; Quelle: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

übergehend bei Freunden auf der Couch schläft. Letztere werden als verdeckte Wohnungslose bezeichnet. Laut dem aktuellen Wohnungslosenbericht der Bundesregierung kamen mehr als 60.000 Wohnungslose bei Angehörigen, Freunden oder Bekannten unter. Etwa 47.000 Menschen lebten demnach auf der Straße oder in Behelfsunterkünften. Die tatsächliche Zahl dürfte noch höher liegen. Denn „wer keinen Hilfsangebote in Anspruch nimmt, der taucht auch in keiner Statistik auf“, sagt Busch-Geertsema.

Die Gründe für Wohnungslosigkeit sind vielfältig. Manche Menschen haben nie über eine eigene Wohnung verfügt, weil sie nach Deutschland geflüchtet sind oder im jungen Erwachsenenalter das Elternhaus verlassen haben. Andere verlieren ihre Wohnung, häufig wegen Mietschulden, aber auch infolge von Trennungen, Scheidungen oder Krankheit.

Bundesbauministerin Verena Hubertz (SPD) hält an dem Aktionsplan ihrer Vorgängerin fest. Um die Wohnungslosigkeit zu „überwinden“, solle „bis 2030 allen betroffenen Personen ein Wohnraumangebot gemacht werden können“, bestätigt ihr Ministerium. Aus dessen Sicht sind bereits Fortschritte bei der Umsetzung zu verzeichnen. Unter dem Dach des sogenannten Nationalen Forums gegen Wohnungslosigkeit werde der Aktionsplan koordiniert und weiterentwickelt. Von den für das Jahr 2025 geplanten 33 Maßnahmen habe man 17 abgeschlossen. Dazu zählen neben Schulungen für Beratungsstellen auch die Aktualisierung von Broschüren und Informationsmaterialien.

Ein zentrales Element des Plans zur „Überwindung“ der Wohnungslosigkeit ist der soziale Wohnungsbau. Das Bauministerium verweist hierbei auf höhere Fördermittel und den sogenannten Bau-Turbo, der durch Bürokratieabbau den Wohnungsbau beschleunigen soll. Ob das reicht, ist fraglich. Es gebe viele kleine positive Schritte, sagt Busch-Geertsema. „Aber keinen großen Wurf.“ Ohne den sei der Aktionsplan aber nicht realisierbar.

Laut dem Pestel-Institut fehlen in Deutschland derzeit 1,4 Millionen Wohnungen. Um dieses Defizit bis 2030 abzubauen, wären jährlich etwa 400.000 Neubauten nötig. Tatsächlich aber deutet vieles in die andere Richtung: Angesichts rückläufiger Baugenehmigungen rechnet das Bündnis „Soziales Wohnen“ damit, dass künftig eher nur etwa 200.000 Wohnungen pro Jahr entstehen werden.

Etwa 1,4 Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland

Hinzu komme, dass es nicht ausreiche, mehr Sozialwohnungen zu bauen, sagt Busch-Geertsema. Es gehe auch darum, den Zugang zu bestehenden Wohnungen zu erleichtern. Denn viele Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, scheitern an bürokratischen Hürden.

Womit man bei einem weiteren Punkt im Aktionsplan wäre. Denn ein zentrales Thema im Kampf gegen Wohnungslosigkeit ist Prävention. „Es gilt zu verhindern, dass Menschen überhaupt erst in eine solche Situation geraten“, sagt Busch-Geertsema. Vor allem seien frühzeitige Hilfe und schnelle Reaktionen bei Mietschulden entscheidend, um Zwangsräumungen

und die daraus resultierende Wohnungslosigkeit zu verhindern.

Wer mit der Miete in Rückstand gerät, kann sich im Notfall an das Sozialamt wenden, das unter bestimmten Voraussetzungen die Schulden übernimmt und so den Wohnungsverlust verhindern kann. Das funktioniert jedoch nur bei fristlosen Kündigungen, sagt Busch-Geertsema. Bei fristgerechten bleibe die Mietschuldenübernahme wirkungslos. Wohnungsunternehmen gingen daher zunehmend dazu über, fristgerecht zu kündigen, womit die Schutzmaßnahme ins Leere laufe.

Schon die Ampelregierung hatte sich vorgenommen, das zu ändern, sagt Busch-Geertsema. „Doch das damals FDP-geführte Justizministerium hat sich dem Thema verweigert.“ Der im Februar von Justizministerin Stefanie Hubig (SPD) vorgelegte Gesetzentwurf zum Mietrecht greift dieses Problem auf. Dieser wurde nun im Bundeskabinett beschlossen. Demnach sollen Mieter, denen wegen Mietrückständen gekündigt wurde, eine ordentliche Kündigung einmalig beseitigen können, indem sie ausstehende Beträge bezahlen. „Dringend notwendig“ sei das, sagt Busch-Geertsema. Auch dieser Punkt stehe bereits seit Beginn im Aktionsplan.

Bleibt die Frage: Wie realistisch ist das Ziel, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beseitigen? Busch-Geertsema formuliert es so: Anfangs habe er das Ziel für erreichbar gehalten. Mit jedem Jahr, das verstreicht, werde es unrealistischer. Ganz abschreiben will er es dennoch nicht. Eine deutliche Reduktion der Wohnungslosigkeit, das wäre schon ein Erfolg.

Sebastian Strauß, Saimah Jiwa